

Warschauer Vertrag 1970

Brandt hatte im November 1969 die Aufnahme von Gesprächen vorgeschlagen und nach einem Monat eine polnische Zusage erhalten. Die erste Gesprächsrunde wurde im Februar 1970 in Warschau zwischen Dr. G. F. Duckwitz als Vertreter des Bonner Außenministeriums und dem stellvertretenden polnischen Außenminister Josef Winiewicz eröffnet. Gleichzeitig begannen in Bonn Handelsbesprechungen. Winiewicz stellte einen wichtigen Punkt klar: seine Regierung ließ ihre Forderung nach einer Anerkennung der DDR als Vorbedingung für jedes westdeutsch-polnische Abkommen fallen. Für Polen hatten die Verhandlungen ein vordringliches Ziel: die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze durch Westdeutschland.

Das polnische Regime, an dessen Spitze Wladislaw Gomulka und Josef Cyrankiewicz standen, hatte verschiedene Gründe, ein endgültiges Grenzabkommen mit Westdeutschland zu wünschen (die DDR hatte natürlich die Oder-Neiße-Linie schon vor zwanzig Jahren als „Friedensgrenze“ anerkannt.) Die nazistische Besetzung Polens hatte noch eine gewisse Furcht vor der Stärke Deutschlands hinterlassen, und die Weigerung der früheren westdeutschen Regierungen, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, hatte in Polen unterschwellige Besorgnis ausgelöst. Die polnische Regierung fürchtete, auch die Sowjetunion könne sich am Ende über Polen hinweg mit der Bundesrepublik verständigen, und sie war sich von vornherein darüber klar, dass sie von der Sowjetunion abhängig war, solange die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkannt war. Polen wünschte, den wirtschaftlichen und technologischen Kontakt mit dem Westen auszubauen und die scharfe Trennungslinie zwischen Ost- und Westeuropa zu überwinden; die Alternative war zunehmende wirtschaftliche Isolierung gegenüber dem sich immer stärker integrierenden Westeuropa mit seinem riesigen Wirtschaftspotential. Auch ließ sich eine wachsende polnische Ungeduld mit den Ostdeutschen feststellen; ein polnischer Diplomat prägte den Satz: „Sie sind die Deutschen, die wir nicht gern haben, während die Westdeutschen Deutsche sind, die wir nicht gern haben dürfen.“

Darüber hinaus hatte man in Polen das bestimmte Gefühl, dass Brandt ein Mann war, dem man trauen konnte, und dass man mit seiner Regierung ernsthaft verhandeln konnte. Für viele Polen repräsentierte Brandt das „neue“ Deutschland wie kein westdeutscher Bundeskanzler zuvor. Das „alte“ Nazideutschland war verabscheuungswürdig gewesen, und die Polen hatten sich immer darüber gewundert, wie das Ausland die Härte und Verzweiflung ihrer Leiden unter der Nazityrannei vergaß. Brandt erschien den Polen als Nazigegner sehr viel vertrauenswürdiger als einigen seiner Alliierten und vielen seiner Landsleute.

Für Brandt bedeutete ein Vertrag mit Polen, in dem die Oder-Neiße-Linie anerkannt wurde, ein beträchtliches politisches Risiko, das viel Mut verlangte. Kein anderer Westdeutscher hatte gewagt, einen Schritt zu tun, der ihm zumindest einige der zehn bis zwölf Millionen Ostflüchtlinge in der Bundesrepublik zum Feinde machen musste. Es hatte eine Zeit gegeben, in der die Flüchtlingsverbände, die „Landsmannschaften“, nicht gezögert hätten, den Ruf eines Politikers zu verunglimpfen und die Aussichten einer Partei zunichte zu machen, die auch nur andeutungsweise von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sprach. Diese Zeit war vorüber, und verantwortungsbewusste Menschen, besonders in der Presse, betonten bereits, dass Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern unwiederbringlich verloren waren und dass die Anerkennung von Realitäten nicht politische Unfähigkeit oder Feigheit bedeutete. Aber auch in den Reihen der SPD gab es verbitterte Flüchtlinge oder „Vertriebene“ aus den verlorenen Ostprovinzen; sie konnten durchaus logisch darauf hinweisen, dass Polen durch das Potsdamer Abkommen nur die zeitweilige Verwaltung von Gebieten übertragen worden war, über deren Zukunft in einer endgültigen Friedensregelung entschieden werden sollte.

Brandt wünschte einen Vertrag, der wie der mit der Sowjetunion einen gegenseitigen Gewaltverzicht aussprach, der außerdem die Grenzfrage so schmerzlos wie möglich aus der Welt schaffte, der die Zukunft der 100 000 bis 200 000 Volksdeutschen in Polen regelte, die vielleicht repatriert werden wollten, und der die allgemeinen Beziehungen so anständig

und würdig wie möglich normalisierte. Die Polen drängten mit allem Nachdruck auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, besonders weil sich in der Bevölkerung schon eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Gomulka-Cyrankewicz-Regime regte, das dringend einen Erfolg brauchte. Paradoxerweise wurde der Abschluss des polnisch-westdeutschen Vertrages durch die Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages im August verzögert. Er enthielt eine ziemlich deutliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Westdeutschland, und die Polen fanden sich in die Defensive gedrängt, nachdem die Frage ihrer Grenzen schon durch den Großen Bruder geregelt worden war.

Doch konnte Polen durch eine unmissverständliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie noch viel gewinnen. Der größere Teil der alten deutschen Provinzen war seit dem Mittelalter nicht polnisch gewesen und seinerzeit auch nur vorübergehend. Ostpreußen war niemals polnisch gewesen. Diese in ethnologischer und kultureller Hinsicht im wesentlichen deutschen Gebiete lieferten 1970 30 Prozent des Brutto-Nationalprodukts, 40 Prozent der elektrischen Energie, 50 Prozent des Getreides und 40 Prozent der Kartoffeln Polens. Das endgültige Eigentum an diesem wertvollen Besitz wurde Polen genau 30 Jahre nach dem Tage zuerkannt, an dem Hitler proklamiert hatte: „Polen hat als Staat zu existieren aufgehört“, und zu einem Zeitpunkt, da der westdeutsche Nachfolgestaat in materieller Beziehung das mächtigste Land in Europa war. Es war kaum überraschend, dass die westdeutsch-polnischen Gespräche Ende November 1970 zu einem erfolgreichen Abschluss kamen. Brandt reiste am 6. Dezember nach Warschau zur Unterzeichnung des Vertrages, der in seinen Augen ein ebenso historischer Akt war wie die Wiederversöhnung mit Frankreich zehn Jahre zuvor.

Der Vertrag, den Brandt unterzeichnete, brachte für Gomulka zwei günstige Regelungen. Er legte fest, dass die Oder-Neiße-Linie die polnische Westgrenze war und dass Polens Grenzen unverletzlich waren und nicht gewaltsam verändert werden konnten. Doch wurde das Wort „Anerkennung“ sorgfältig vermieden, weil die Bundesrepublik aus Verfassungsgründen keine Grenzen anerkennen konnte, die nicht ihre Grenzen waren. Der Vertrag enthielt den Vorbehalt, dass er in keiner Weise ein Hindernis für die Bedingungen einer schließlichen gesamtdeutschen Einigung sein sollte.

Der Vertrag wurde am 7. Dezember unterzeichnet. In einer Botschaft an die Bevölkerung der Bundesrepublik verwies Brandt nachdrücklich auf die entsetzlichen Leiden, die Polen von den Nazis zugefügt worden waren. „Namen wie Auschwitz werden im Gedächtnis der beiden Nationen noch lange haften und uns daran erinnern, dass eine Hölle auf Erden möglich ist...“ Bei einem Besuch Brandts im Warschauer Getto, bei dem er an dem Mahnmahl für die dort niedergemetzelten Juden einen Kranz niederlegte, kniete er spontan einen Augenblick nieder. Es war eine völlig improvisierte Geste, die niemand aus der Umgebung des Kanzlers erwartete.“ Brandt selbst sagte später: „Ich hatte es nicht beabsichtigt, und ich schäme mich dessen nicht.“ Die Polen „merkten auf und verstanden, dass Brandt ein ungewöhnlicher Mensch war“, berichtet ein westlicher Diplomat. Sie mögen auch etwas verlegen gewesen sein; der Antisemitismus war in Polen weit verbreitet, noch bevor die Nazis ihren Fuß in das Land setzten, und war es offenkundig auch während der Nachkriegszeit, in der die jüdische Bevölkerung - verachtet und entmutigt - auf kaum mehr als 20 000 Menschen zurückgegangen ist, ein trauriger Kommentar zu dem aufgeklärten Liberalismus der polnischen Herrscher, bei denen die Juden vor mehr als vier Jahrhunderten Unterstützung und Sympathie gefunden hatten.

Die westdeutsche Presse nahm im Großen und Ganzen eine verständige Haltung gegenüber dem Vertrag ein. Er war notwendig, aber schmerzlich, wie die Extraktion eines kariösen Zahns. Er war eine Mahnung an Verbitterung, Verbrechen und Leiden. Deutschland erhielt durch ihn nichts, denn die Repatriierung von in Polen noch lebenden Deutschen war nicht Teil des Vertrages. Er öffnete nur eben einen Ausblick auf eine Zukunft, in der Deutsche und Polen Freunde sein könnten, doch konnte er nicht an sich eine warmherzige impulsive Geste der Versöhnung sein. Geschichte gewordene Vergangenheit kann nicht durch kalkulierte Federstriche repariert werden.

Es gab ablehnende Stimmen. Axel Springer, der Verleger des größten westdeutschen Zeitungskonzerns, schrieb in der „Welt“, Brandt habe Frieden mit dem polnischen Regime, aber nicht mit dem polnischen Volk geschlossen. Ein „Akt des Pessimismus“ habe die Rechte der Flüchtlinge verraten und die Teilung Deutschlands zementiert. Auf den Außenminister zielte ein Seitenhieb: „Walter Scheel sagt, es gebe keine Wolke am Himmel, aber der Himmel ist schwarz.“ Springer, der oft unfair seiner Sachkenntnis und seines geschäftlichen Erfolges wegen geschmäht wird, war überzeugt, dass die Sowjetunion den Kalten Krieg nicht abgeblasen hatte, sondern ihn mit neuen Taktiken weiterführte. Das ist ein Einwand, über den man nicht leichthin hinweggehen sollte. Die „Neue Zürcher Zeitung“, dieser zuverlässige Maßstab aufmerksamer Schweizer Beobachtung, hatte bereits geschrieben, Brandt mache „gratis“ Konzessionen. Der Korrespondent des Blattes meinte, Brandts Ostpolitik gehe darauf zurück, dass die Westmächte nicht mit geeigneten Maßnahmen reagiert hätten, als 1961 die Berliner Mauer errichtet wurde; sie sei überhaupt im wesentlichen eine negative Reflexaktion. Die polnischen Machthaber hatten im Übrigen keinen Nutzen von dem Vertrag mit Deutschland. Sie wurden schon 14 Tage nach dem Vertragsabschluß gestürzt, nachdem Preisinflation und Lohnkürzungen zu heftigen und blutigen Unruhen geführt hatten. Das neue national-kommunistische Regime war jedoch ohne weiteres bereit, den Vertrag zu akzeptieren. Er bleibt ein Meilenstein, sowohl in Brandts politischer Karriere als auch in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands.

Aus: Terence Prittie, Willy Brandt, Frankfurt/Main, 1973, S. 388